



Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
Referatsleiter
Schutzgebiete, Artenschutz
Mercatorstraße 3

24106 Kiel

Dörphof, 22.01.2018

FFH – Verträglichkeitsprüfungen

hier: Vorprüfung für die FFH – Gebiete EU Nr. 1326-301 (NSG Schwansener See) und EU Nr. 1423 – 394 (Schlei incl. Schleimünde und vorgelagerter Flachgründe)

Sehr geehrter Herr Bohlen,

in diesem Jahr sind Anspengversuche an der Fregatte „Karlsruhe“ in unmittelbarer Nähe der o.a. FFH – Gebiete geplant. Mit Sorge betrachten die Stadt Kappeln sowie die Gemeinden Brodersby, Damp und Dörphof im Hinblick auf die Beeinträchtigung der Schutzgebiete diese Entwicklung.

Durch das Verteidigungsministerium wurde uns über den MdB Wadepluh in einem Schreiben die Sichtweise des Verteidigungsministeriums mitgeteilt. 1961 wurde das betroffene Sperrgebiet der Bundeswehr errichtet, zuvor wurden Absprachen bzgl. des Naturschutzes getroffen und bis zum heutigen Tage umgesetzt und eingehalten.

Mit der Entscheidung und Bekanntmachung der Europäischen Union wurden erst im Jahr 2008 die beiden FFH - Gebiete in die Liste der Gebiete mit gemeinschaftlicher Bedeutung aufgeführt. Hiermit haben sich der Schutzstatus und die damit verbundenen Auflagen geändert.

Auch Planungen und Projekte, die von außerhalb zu Beeinträchtigungen in FFH – Gebieten führen können, sind zu prüfen. Für uns als Kommunen ist es nicht ersichtlich, ob und wenn ja, mit welchem Ergebnis hier die Vorprüfungen für eine FFH – Verträglichkeitsprüfung stattgefunden haben.


Die Höhen der beabsichtigten Sprengstoffmengen sind uns nicht bekannt, da diese im Verteidigungsministerium als Verschlussache eingestuft sind. Es muss unserer Auffassung nach mit dem größtmöglichen Einsatz gerechnet werden. Das Sperrgebiet liegt zum Schutzgebiet „Schwansener See“ ca. 2400 Meter entfernt, die Entfernung zum Schutzgebiet „Schlei incl. Schleimünde und vorgelagerter Flachgründe“ beträgt nur knapp 700 Meter.

Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Sprengungen und die dadurch erzeugten Druckwellen führten wiederholt zu Beschwerden von Einwohnern. Zur Darstellung der Intensität der Druckwellen berichten Bürger u.a. über Risse in Hauswänden etc.

Die Beeinträchtigungen finden damit nicht nur im Wasserbereich sondern auch landseitig der Schutzgebiete statt. Es ist zu erwarten, dass zeitgemäße Sprengungen mit höheren Sprengstoffeinsätzen durchgeführt werden. Die bereits geschilderte Intensität der Auswirkungen würde sich damit nochmals erhöhen.

Auch für die in den Folgejahren geplanten Sprengungen im Sperrgebiet, bedarf es sicher einer klärenden Entscheidung inwieweit die FFH – Gebiete bis zu welcher Höhe eingesetztem Sprengstoff beeinträchtigt werden.

Wir bitten um Mitteilung, ob seitens des MELUND entsprechende Vorprüfungen stattgefunden haben oder beabsichtigt sind.



Heiko Traulsen
Bürgermeister
Stadt Kappeln



Christian Schlömer
Bürgermeister
Gemeinde Brodersby



Horst Böttcher
Bürgermeister
Gemeinde Damp



Frank Göbel
Bürgermeister
Gemeinde Dörphof

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt,
Natur und Digitalisierung | Postfach 71 51 | 24171 Kiel

Bürgermeister der Gemeinde Dörphof
Herr Frank Göbel
Karlbergfeld 3
24398 Dörphof

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom: 22.01.2018
Mein Zeichen: V.534 - 5651/2018
Meine Nachricht vom: /

Manfred Schmidt
Manfred.Schmidt@melund.landsh.de
Telefon: +49 431 988-7285
Telefax: +49-431-988-6-157285

05. Februar 2018

Geplante Anspengversuche und Beschuss der Fregatte Karlsruhe in der Ostsee vor der Gemeinde Schönhagen

Sehr geehrte Herr Bürgermeister Göbel,

vielen Dank für Ihr o.a. Schreiben, in dem Sie sich gemeinsam mit Ihren Amtskollegen der Gemeinden Brodersby und Damp sowie der Stadt Kappeln gegen die von der Bundesmarine geplanten Anspengversuche und den Beschuss der Fregatte Karlsruhe in der Ostsee vor der Gemeinde Schönhagen ausgesprochen haben. Hierbei hatten Sie insbesondere auf die Berücksichtigung der in diesem Raum ausgewiesenen FFH-Gebiete und die sich hieraus ergebenden Prüfpflichten hingewiesen.

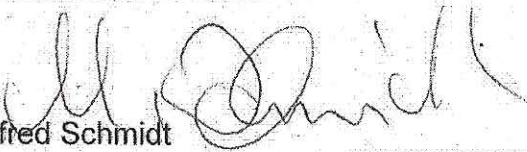
Hierzu ist zunächst zu sagen, dass für dieses Vorhaben innerhalb des Sperrgebietes das Bundesverteidigungsministerium mit seinen nachgeordneten Dienststellen verantwortlich ist. Eine Beteiligung des MELUND als im Bereich der Küstengewässer der Ostsee zuständige Naturschutzbehörde – wie dieses § 3 Abs. 5 des Bundesnaturschutzgesetzes vorschreibt - erfolgte seitens des Bundes bislang noch nicht.

Da insofern nähere Informationen zum Vorhaben selbst nicht vorliegen und im Einzelnen nicht abgeschätzt werden kann, welche Auswirkungen auf die Meeresumwelt und insbesondere auf die Schutzgebiete eintreten können, hat Minister Dr. Habeck in einem Brief an die Bundesverteidigungsministerin um eine baldige Beteiligung gebeten.

Sobald dies erfolgt, werden wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür einsetzen, dass Beeinträchtigungen der Arten und geschützten Lebensräume vermieden bzw. auf ein verträgliches Maß reduziert werden.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Informationen gedient zu haben und bitte Sie, dieses Schreiben an Ihre Amtskollegen mit Dank weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen


Manfred Schmidt

